

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Die unverlangt eingebliebenen Manuskripte  
bleiben bei den Redaktionen ohne Verantwortung.

Chef-Redakteur: Eusebio Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Höfer über die Auflösung des Selbstschutzes.

Eine Unterredung mit dem General.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

D Breslau, 7. Juli.  
General Höfer, der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, empfangt mich in Brieg; von dort aus leitet er den Abtransport und die Auflösung des deutschen Selbstschutzes. General Höfer konnte mir mitteilen, daß die Räumung Oberschlesiens, den Abtransport und die interalliierte Kommission entsprechend, vollkommen beendet ist und er auch seinerseits ein Stabquartier in Oberglogau aufgegeben und Oberschlesien verlassen habe. Die Verantwortung für den Schutz der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens liegt nun allein auf der interalliierten Kommission, die nach der Ablehnung der Unterfertigung des deutschen Selbstschutzes doppelt verpflichtet ist, Ordnung und Sicherheit in Oberschlesien zu erhalten. Auf meine Frage nach dem Fortgang der Auflösung des Selbstschutzes antwortete General Höfer, daß der Abtransport der nicht in Oberschlesien gebürtigen Mitglieder des Selbstschutzes am 8. Juli vollendet sein werde. Als ich auf die Ausschreitungen einiger Freikorpsangehöriger auf dem Breslauer Hauptbahnhof zu sprechen kam, teilte der General diesen Vorfällen mit, weil dies dem Ruf des deutschen Selbstschutzes schädlich sei. Die Leute hätten gegen seinen ausdrücklichen Befehl gehandelt, er sei besonders zu bedauern, daß die Sache politisch nicht, sondern lediglich aus menschlichen Gründen in Breslau und Berlin angeordnet habe. Letztendlich sei die Sache politisch nicht, sondern lediglich aus menschlichen Gründen in Breslau und Berlin angeordnet habe. Letztendlich sei die Sache politisch nicht, sondern lediglich aus menschlichen Gründen in Breslau und Berlin angeordnet habe.

bereits an der Arbeitsvermittlung. Der Andrang zu Hilfsarbeiten ist vorläufig nicht sehr groß, weil die Leute vielfach noch nicht in Arbeit sind.

Zum Schluß betonte der General, daß die Unterfertigung des ober-schlesischen Befreiungstempels durch deutsche Volksangehörige aus allen Teilen des Reiches für ihn das größte Erlebnis nach dem Ende des Krieges war. Die nationale Einigkeit, die in Oberschlesien von allen Parteien, gerade von den Sozialparteiern gehalten worden sei, hätten ihm den Rücken gebogen. Der Selbstschutz hätte nicht zur Befreiung Oberschlesiens vorstürmen dürfen, wo es erzielte, weil die interalliierte Kommission das verbot, so daß wieder Oberschlesien nach Deutschland geschickt worden wäre; dennoch habe sich der Selbstschutz ein hohes Verdienst erworben, weil er keine Handfläche Oberschlesiens vor der politischen Inflation geschützt habe.

### Die Lage in Preußen.

Neue deutsche Briefe.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X Weissen, 7. Juli.  
In Preußen hält der verstärkte Besatzungs-aufstand noch an. Die französische Besatzung hat die Wieder-aufnahme des Eisenbahnverkehrs noch nicht ge-fattet. Die Stadt ist noch vor dem Aufmarsch abge-schlossen. Am Mittwoch vormittag ließ weitere Verhaftungen von Weissen erfolgt. Unter diesen befand sich der Hauptführer-leiter der „Ober-schlesischen Zeitung“, Hugel, der Hauptführer-leiter der „Schlesischen Morgenpost“, Dr. Kerling, der gleichfalls ver-haftet worden sollte, war aber, ebenso der Redakteur der „Vendenspiegel“, Zehhoffer.

D Rattowitz, 7. Juli.  
Aus dem Industriegebiet wird gemeldet, daß Rattowitz seit dem 5. Juli nicht mehr eingeschlossen ist, daß aber Bauarbeiten noch von den Injuranten befehligt ist und auf eigene politische Fahnen stehen.

Weissen, 7. Juli. (M. T. B.)  
Der Kreisratstelegraf von Weissen-Straß benach-richtigte gestern nachmittag die Vertreter des Magistrats, der Stadtverordneten und der politischen Parteien, daß der englische General, der Kommandant der Stadt Weissen ist, sie zu sprechen wünsche. Die Besprechung fand gegen 4 Uhr nachmittags statt. Der General beauftragte zunächst die Ermor-dung des französischen Majors und brachte die Lieber-gung aus, daß diese Zeit abgelaufen sei, gleichwohl welcher Sprache und Nationalität sie seien verwendet werde. Er versicherte, er werde alle Mittel anwenden, um in kürzester Zeit Ruhe und Ordnung in und um Weissen zu schaffen. Dazu erwarte er die Mithilfe des Magistrats und der Führer der politischen Parteien. Wegen Freilassung der Weissen würden alsbald Verhandlungen aufgenommen werden. Die Besatzungsleistungen werden ebenfalls alsbald be-friedigt werden, sobald diese mit allen Mitteln dafür ge-sehert werden, daß in Weissen und Umgebung Ruhe und Ordnung wieder-hergestellt werden.

Rattowitz, 7. Juli. (M. T. B.)  
Aus der Umgebung der Stadt wird das Aufstehen neuer Be-waffneter Verbände gemeldet, die in der alten Weise die deutsch-gefallene Bevölkerung terrorisieren mißhandeln und verschleppen.

### Die Telegramme des russischen Botschafters.

Die falsche Mobilisierungsmeldung.  
Von Graf Max Montgolas.

Bei Erörterung der Rolle, die der Vizepräsident v. Jagow vor dem Ausbruch des Krieges gespielt hat, ist hier im letzten Montagartikel auch das Extrablatt er-wähnt worden, das am 30. Juli 1914 die falsche Nachricht von der Mobilisierung der deutschen Kräfte in Berlin ver-breitete und von dem auch Herr v. Bethmann Hollweg, das russische Amt und Graf Berchthold kamen, es habe an-scheinend „die Würfel in das Rollen“ lassen. Ein zweiter Punkt betraf die Frage, ob das Witzerrücktele-gramm, das der russische Botschafter Ewerbejen seinem Unterwegs aufgegeben worden sei. Die von Herrn Semenov auf Grund von Mitteilungen des ehemaligen russischen Botschafters in Moskau Nikolai in der Pariser „Clair“ veröffentlichte Behauptung, die deutsche Regierung habe das zweite Telegramm enthalten lassen, damit das erste seine Wirkung tue und die russische Regierung kriegerische Maßnahmen ergreife, ist hier schon als völlig falsch bezeichnet worden. Graf Montgolas sendet uns zu dieser Angelegenheit noch die folgenden Aus-säuerungen. Die Redaktion.

Im „Clair“ wiederholt R. Semenov die Behauptung, am 30. Juli 1914 habe zwar der russische Botschafter Ewerbejen die falsche Nachricht des „Lofalanjeiger-Extrablatts“, daß die deutsche Mobilisierung beschlossen sei, sofort widerrufen, aber das dem Witzerrücktele-gramm sei von Berlin erst mit großer Verpöhlung weitergegeben worden. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung am 30. Juli in Petersburg den Einbruch zu erwarten, daß die deutsche Mobilisierung tatsächlich sei, und dadurch Rußland zur Mobilisierung zu zwingen.

Diese Fabel ist so absurd, daß man sich wundern muß, wie sie Glauben finden kann. Bekanntlich melden die Diplomaten wichtige Vorgänge auch in chiffrierten Depeschen. Man hätte sonach in Berlin am 30. Juli in sämtlichen Zifferntelegrammen der russischen Botschaft anfragen müssen, denn man konnte doch nicht ahnen, in welchem der verschiedenen Telegramme der Witzerrücktele-gramm enthalten war. Aber auch das hätte noch nicht völlig genügt. Ebenso wie die russische Meldungen sichtlich alle anderen Missionen den Witzerrücktele-gramm in Berlin gefangen, den gesamten telegraphischen Verkehr aller in Berlin befindlichen Botschaften und Gesandtschaften zu unterbinden, wenn man den deutschen Plan gekannt hätte, wurde durch Ver-dächtigung der deutschen Mobilisierung die russische heraus-zufordern.

Der ganze Vorgang ist zudem schon am 9. November 1916 vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Hauptauschuss des Reichstags dargestellt worden, da Sir Edward Grey am 23. Oktober in seiner Rede vor ausländischen Journalisten die russische Behauptung wiederholt ganz unangenehme Reminiscenzen vorgetragen hatte, und in der Sitzung des Unter-hauses vom 26. Oktober die Rede Grey als die Ansicht der britischen Regierung wiedergebend bezeichnet worden war (Parlament Band 86, Sp. 1328). Wie im allgemeinen schon vor nahezu fünf Jahren bekanntgegeben wurde, haben sich die Dinge folgendermaßen abgepielt:

Nach telephonischer Aufforderung durch den deutschen Staats- sekretär v. Jagow ließ der russische Botschafter seinen nach dem Erscheinen des Extrablattes aufgegebenen Tele-gramm über die angebliche deutsche Mobilisierung sofort ein zweites Telegramm folgen, der Bescheinigung halber (sogar in offener Sprache, das folgende Wortlaut hatte:

„No 12064 Extérieur Ministro Pétersbourg.  
Frio considérer telegramme no. 142 comme non avenue. Ex- plication suit. Sverbejev.“

(Außenminister Petersburg. Bitte Telegramm Nr. 142 als nichtig betrachten. Aufklärung folgt.)  
Das Telegramm wurde von der russischen Botschaft 4 Uhr 30 Minuten nachmittags beim Postamt 64 eingeliefert und von diesem an das Berliner Haupttelegraphenamt weiter geleitet, wo es 4 Uhr 45 Minuten eintraf. Dort wurde es wegen Sichtung der Zeitung nach Petersburg 5 Uhr 15 Minuten an einen Draht nach Warschau gelegt und 5 Uhr 27 Minuten als letzte einer Reihe von 10 Depeschen befördert. Da die Empfangsstelle Warschau nach Beendigung der Reihe nochmals einen Teil des Telegramms verlangt hat, kann kein Zweifel über dessen richtige Abnahme bestehen.

Nach dem russischen Orangebuch hat der russische Bot-schafter unmittelbar nach der telephonischen Mitteilung des deutschen Staatssekretärs ein weiteres Telegramm in 31 Zeilen abgeschrieben, das die in seinem offener Telegramm angegebene Auffassung enthielt und nach der im Orange-buch unter Nr. 62 gegebenen französischen Uebersetzung lautet:

„Le ministre des affaires étrangères vient de me téléphoner pour me communiquer que la nouvelle lancée tout à l'heure de la mobilisation de l'armée et de la flotte allemande est fautive, que les journaux des journaux étaient primés d'avance en prévision de toutes éventualités et mis en vente à l'heure (il) wohl heißen à 1 heure), de l'après-midi, mais que maintenant ils sont confisqués.“ Sverbejev.“

(Der Außenminister telephoniert mit Ihnen, daß die oben ver-zerrte Nachricht von der Mobilisierung der deutschen Kräfte und Flotte falsch ist. Die Extrablätter waren für alle Fälle im voraus gedruckt und wurden 1 Uhr nachmittags ausgegeben, sind aber jetzt beschlagnahmt.)

Wie 1916 festgestellt wurde, ist dieses Telegramm, das weder das Postamt 64 noch das Haupttelegraphenamt ent-fahren konnten, russischer Text in Ziffern - mit der gleichen Rohpostsendung wie das erste, gleichfalls um 4 Uhr

### Die Streikabstimmung der städtischen Arbeiter

Vermittlungsversuche der Gewerkschaftskommission.

#### Teilergebnisse der Abstimmung.

Obwohl das endgültige Ergebnis der Abstimmung über den Empfindlichkeitsstreik der städtischen Arbeiter noch nicht vorliegt, behauptet die „Rote Fahne“, daß sich eine Entscheidung für die „sozialistische Aktion“ ergeben habe, einzelnen wird be-rachtet, daß bei den Elektricitätsarbeiten und Straßenbahnen die Zweidrittelmehrheit überschritten sei. Wie sind nicht in der Lage, diese angeblichen Feststellungen nachprüfen zu können, halten es aber nicht für unmöglich, daß die überempfindlichen, städtischen Arbeiter tatsächlich den kommunistischen Zielen hin-zu geneigt sind. Daß sie sich dadurch selbst den schiedlichen Ernst geleistet haben, dürfen die Arbeiter erst erkennen, wenn es zu spät ist. Die Gewerkschaftsführer haben etwas weiter. Deshalb finden sie in letzter Minute den Streik zu verbinden. Heute nachmittag will die Berliner Gewerkschaftskommission einen neuen Versuch zur Beilegung der Differenzen machen, bevor sie dem Streik zustimmt. Des-halb hat sie die drei sozialistischen Fraktionen aus-sprechenden Stadtverordneten und Magistratsmit-glieder einer Konferenz eingeladen. Der Zweck ist natürlich, den Magistrat, der gegen noch länger, zum Nachgeben und zu Zugeständnissen zu veranlassen. Nach der Auffassung des „Vorwärts“ ist es als wahrscheinlich anzunehmen, daß der Magistrat einen abliegenden Standpunkt nicht aufrechtzuerhalten werde, so daß eine Einigung möglich ist.

In letzter Stunde erfahren wir, daß die von kommunistischer Seite in die Welt gesetzte Behauptung von der Zweidrittelmehrheit der Straßenbahner für den Empfindlichkeitsstreik den Tatsachen nicht entspricht. Bis heute mittig ein Uhr hatten von den Straßen-bahner etwa 9000 Angestellte und Arbeiter abgestimmt. Von diesen gehen 5000 ihre Stimme für den Streik, 4000 gegen ihn ab. Da die Abstimmung noch weiter geht, so können sich diese Zahlen verschieben, aber vorläufig ist die Zweidrittelmehr-heit nicht erreicht. Anders verhält es sich bei den Elektricitäts-arbeitern. Hier entschieden sich bisher etwa 88 Prozent für den Streik, gleichzeitig erklärte aber die Führer der Elektricitäts-arbeiter, daß sie nur gemeinsam mit den Straßen-bahner vorgehen würden. Die Entscheidung ist also in jeder Weise unklar.

Wenn übrigens bei den städtischen Arbeitern eine verhältniß-mäßig starke Unterfertigung des Streiks der Ortsarbeiter feststellen ist, so liegt der Grund keineswegs in der Zustimmung zu den kommunistischen Forderungen der Gewerkschaft. Die städtischen Arbeiter sind vielmehr durchweg der Meinung, daß die Ortsarbeiter unter Verdrängung der Deputierten besser als sie selbst gestellt sind. Aber von kommunistischer Seite wurde mit der Behauptung operiert, daß es sich bei diesem Kampfe um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter handle. In Wirk-lichkeit hat diese Frage eine ganz nebensächliche Rolle gespielt. Man darf deshalb darauf rechnen, daß eine sachgemäße Auf-klärung über diesen Punkt des Streikrechtes bei den städtischen Arbeitern erheblich kämpfen wird.

Für den Fall, daß der Streik zur Durchführung gelangt und die Elektricitätswerke stillgelegt werden sollten, wird die Technische Ratskille sofort eingreifen. Wie wir hören, haben bereits Be-sprechungen mit dem Vizepräsidenten, dem Oberpräsidenten und dem Ministerium des Innern stattgefunden.